

# HUch!

## Ich hätte gern noch etwas ...mehr



### **MEHR ZU ARBEIT:**

Wie halten wir es eigentlich mit der Reproduktionsarbeit? Außerdem: Die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft. **Seiten 6 bis 8**

### **MEHR ZU SEXISMUS:**

Wer Mauern dekonstruieren will, muss zuerst ihre Existenz anerkennen. **Seiten 4 und 5**

### **MEHR LERNEN:**

Und zwar ein Leben lang. Eine Spurensuche zwischen Phrasen und Realität. **Seiten 9 bis 13**

### **NICHT MEHR OFFEN?**

Eine persönliche Stellungnahme zu den Vorgängen in der OUBS **Seiten 14 und 15**

## editorial

Es war einmal ein Schwerpunkt, „Lebenslanges Lernen“ hieß der. Artikel und Debattebeiträge waren bestellt und alle waren froher Hoffnung, dass es eine ordentliche Ladung Bildungskritik geben würde, die austeilte, dass es nur so eine Art hätte. Dann aber hielten sich AutorInnen (ihre Namen mögen für immer dem Vergessen anheim fallen) nicht an ihre Zusagen und, schwupps, wurde der Schwerpunkt etwas kleiner. Immerhin hat uns das American Family Dog Training Center (AFDTC) nicht im Stich gelassen und Fotos gesandt, auf denen SchülerInnen verschiedenster Qualifikationsniveaus zeigen, dass Lernen ohne Verwertungszwang und Druck so richtig Spaß machen kann.

Vielleicht gibt es ja im Oktober mehr zum Thema zu lesen, ist doch gerade die Tradition begründet worden, ausgabenübergreifend an den einmal aufgeworfenen Fragestellungen dran zu bleiben. So ist es sehr erfreulich, zwei weitere Wortmeldungen zum Thema „Arbeit“ (Huch! 54) vorlegen zu können. Von Nummer 53 wird aus aktuellem Anlass das Thema „Studis stören an ihrer Uni Veranstaltungen reaktionären Inhalts“ weitergeführt. Sexismus ist ohnehin eine unendliche Geschichte, gleiches gilt für die Tätigkeit der Organe der Verfassten Studierendenschaft. Eine erfolgreiche Prüfungszeit und einen erholsamen Sommer wünschen wir!

## inhalt

- 3 Mit vollem Einsatz  
Vertreibung durch Polizei**
- 4 Jetzt reden wir, Mann!  
Quotierte Redelisten**
- 6 Mehr Arbeit  
Zur Reproduktionsarbeit**
- 8 Geld oder Leben  
Zur Nicht-Studierbarkeit**
- 9 Mythen entschlüsseln  
Zum Lebenslangen Lernen**
- 11 Wem nützt es?  
Lobbying und Bildungspolitik**
- 14 Zwischen Theorie & Praxis  
Kritische Würdigung der OUBS**

# Ständische Vertretung

## Neues aus StuPa und RefRat

**B**eginnen wir heute mal mit den Organen der akademischen Selbstverwaltung. Neu gewählt wurden die gerade von sensationellen dreikommairendwas Prozent der Studierenden. Die Beteiligungen bei den sächsischen Kommunalwahlen und zum StuPa der HU nehmen sich dagegen geradezu gigantisch aus. Ist es Demokratieverdross? Oder das Wetter? Die Wahlsiegerin, „Offene Linke Liste“ schiebt dem zentralen Wahlvorstand den Schwarzen Peter zu. Dass dieser sich weigerte, wenigstens ein zentrales Wahllokal einzurichten, Studierende also gezwungen waren, ausschließlich in ihren Instituten, zu unmöglichen Zeiten in obskuren Hinterzimmern ihre Stimme abzugeben, sei nicht wirklich hilfreich gewesen. Dass der Zentralserver der Uni bereits im Sommerurlaub ist (NewsgrouppnutzerInnen dürften schon seit einigen Wochen mit diversen Problemen zu kämpfen haben) und deshalb der sonst übliche Versand einer Benachrichtigungsmail ebenfalls ins Wasser fiel, hat ein Übriges getan.

Im letzten StuPa waren die Wahlen auch Thema: Zwei Studierende beklagten sich darüber, dass Veranstaltungen des ReferentInnenrates, die Gremienwahlen und eine beteiligte Liste auf dem selben Flyer beworben würden. Zu Recht. Also die Beschwerde, nicht wahr. Ob der Flyer „rechtens“ entstand, ist nicht die Frage, denn selbst dann handelt es sich um unschönen Stil. Wer den Mist verbockt hat, lässt sich nicht abschließend klären, auch eine Stilanalyse und die Inaugenscheinnahme des inkriminierten Objekts lassen keine eindeutigen Rückschlüsse zu. Der Flyer ist so öde, dass er sowohl vom RefRat, dem Wahlvorstand, als auch einer Gremienliste hätte sein können. Warum muss Hochschulpolitik eigentlich immer so unaufregend sein?

Obwohl: Das Actionlevel stieg gewaltig während einer Diskussion zu einem Antrag, die polizeiliche Räumung an der Uni Potsdam betreffend

(siehe dazu auch Seite 3). Nur knapp wurde ein Beschlusstext abgelehnt, der neben der Polizei und dem verantwortlichen Professor auch den Potsdamer RCDS (Betonung auf R und C, wie Mercedes, nur ohne M) rügen wollte. Wie es sich für eine anständige Opposition gehört, wurde auch in dieser Sitzung das Kampfmittel „Feststellung der Beschlussfähigkeit“ aufgefahren, erfolglos jedoch, und das trotz des gleichzeitig laufenden letzten Vorrundenspiels der deutschen Herrenfußballnationalmannschaft.

Der ReferentInnenrat geht derweil seinem Tagesgeschäft nach, das meistens, nunja, ziemlich

unaufregend ist. Anstehende Referatsneubesetzungen wurden auf die letzte Sitzung des StuPa vor der Sommerpause gelegt (10. Juli, 18.30 Uhr, Audimax).

Das bewegendste Thema der nächsten Monate dürfte die anstehende Strukturplanungsdiskussion werden, fehlen im HU-Haushalt doch geschätzte 27 Mio Euro; Fachbereichsschließungen liegen in der Luft, da ist es doch ganz praktisch, dass im kommenden Herbst rein turnusgemäß mal wieder ein großer Hochschulstreik dran wäre.

In diesem Sinne: Rock'n'Roll!

Last Minute Info: FrauenVV am 1. Juli, 16 Uhr, UdL 6, Raum 3119





Basic and Puppy Class, Summer 2007

# Mit vollem Einsatz

In Potsdam verhinderten Studierende eine Veranstaltung mit der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) - und wurden anschließend polizeilich geräumt. VON HANNAH CAROW

Am 27. Mai diesen Jahres wollte Erika Steinbach, Mitglied des CDU-Parteivorstandes, bekannt vor allem aber als BdV-Präsidentin, an der Universität Potsdam eine Vorlesungsreihe eröffnen, die sich mit der deutschen Siedlungsgeschichte in Osteuropa (!) beschäftigen sollte. Inwiefern die studierte Informatikerin eine relevante akademische Größe in dieser Frage ist, bleibt unklar. Verständlicherweise kamen sowohl der AStA der Uni Potsdam, als auch unabhängige kritische Studierende zu dem Schluss, dass Steinbach als politische Instanz geladen wurde, eine Instanz, die sich ihren Namen unter anderem mit der Nichtanerkennung der deutsch-polnischen Grenze gemacht hat. Die Reaktion einer größeren Gruppe Studierender (nach Presseberichten ca. 100) war folgerichtig politisch: Protest gegen die Einladung und Blockade des Veranstaltungsortes. Die Veranstaltung wurde auf diese Weise verhindert, inzwischen ist die gesamte Vorlesungsreihe abgesagt.

Das Beispiel wäre nun eine weitere interessante Gelegenheit gewesen, um darüber zu diskutieren, inwieweit die politisch motivierte Störung von Veranstaltungen in Räumen der Hochschule zulässig oder gar wünschenswert sei, jedoch war mit der Abreise der Politikerin die Geschichte noch nicht beendet, in gewisser Weise ging sie da erst los, entfernte doch die Landespolizeiinheit Brandenburg in bester preussischer Manier ohne hinreichende Vorwarnung die friedlich Protestierenden mit unverhältnismäßigem Einsatz sogenannten unmittelbaren Zwangs. (Für die in diesen Dingen unerfahreneren LeserInnen: Hast du nach einem Gespräch mit einer Amtsperson eine gebrochene Nasenwurzel, ist unmittelbarer Zwang gegen dich angewendet worden.)

Nun lässt sich natürlich unterstellen, dass politisch agierenden Menschen, eher linken Stallgeruchs zumal, gewissermaßen bereits beim Treten vor die Haustür das Risiko unangenehmer Begegnungen mit der Staatsmacht wissentlich in Kauf nehmen (manchmal genügt es sogar, daheim eine Email zu lesen). Das Unsägliche dieser Situation mal beiseite gelassen und nicht gejammert, bleibt im vorliegenden Falle eine Besonderheit im Gedächtnis haften. Die Hochschule als Raum der

Wissen(re)produktion war und ist immer ein Ort auch politischer Auseinandersetzungen. Diese möglichst frei von staatlicher Repression führen zu können, gehört zu den Privilegien der Immatrikulierten. Rufen Hochschulangehörige die Polizei an die Universität, brechen sie einen ungeschriebenen Konsens progressiver Hochschulpolitik, nämlich den, dass Polizeieinsätze an Hochschulen nicht wünschenswert sind und nicht ohne Not passieren sollten. Feuern sie dann die Polizeibeamten auch noch an, mal kräftig dreinzuschlagen, wie es ein Professor (vom Institut für Menschenrechte) in Potsdam getan haben soll, zerstören sie jedes Vertrauen in den besonders geschützten Raum „Universität“. Wohlgemerkt, die Veranstaltung war bereits abgesagt, es ging keine Gewalt von den Protestierenden aus, weder gegen Personen, noch gegen Sachen, von einer Notsituation kann keine Rede sein. Oder vielleicht doch?

Nehmen wir gemeinsam mit den Potsdamer Studis an, dass die Veranstaltung zu deutscher Siedlungsgeschichte mit einer der profiliertesten Geschichtsrevisionistinnen diesen Landes sehr wohl als politisches Statement gedacht war und der Protest dagegen vom Veranstalter als ebenfalls politisch wahrgenommen wurde, liegt es durchaus im Bereich des Möglichen, den Polizeieinsatz als nicht weniger politisch gemeint zu verstehen. Da wollte jemand zeigen, wer der Herr im Hause ist. Die verletzten AStA-Mitglieder, die sich schützend vor die angegriffenen Studierenden stellen wollten, waren keine Kollateralschäden. Die sollten im Krankenhaus landen. „Legt euch nicht mit mir an!“ Das ist die Ansage, die da rüber kommen sollte - was wiederum ganz logisch erscheint, konstituieren Inhalt und Form sich doch gegenseitig. Wer dem Geschichtsrevisionismus eine Bühne bietet, wird diese nicht nur mit Wattebäuschen verteidigen.

Politisch an der Uni Stellung zu beziehen heißt also nicht nur, sich der akademisch-zivilisierten Debatte auszusetzen. Im Zweifelsfalle heißt es, sich auf GegnerInnen einzustellen, die nicht zimperlich in der Wahl der Mittel sind. Von einem gemeinsamen, hehren wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse kann dann einfach nicht mehr die Rede sein. Was zu beweisen wahr. Danke, Potsdam.

# Jetzt reden wir, Mann!

Die Diskussion um Geschlechterverhältnisse fördert oft abstruseste Ansichten zutage, die Unkenntnis, Unwillen und jede Menge Unsinn sichtbar machen. Der irrationale Hass auf jede Form der Quotierung spricht Bände. Da bedarf es dann einer Klärung. VON NELO LOCKE UND KATHARINA PAAR

In der verfassten Studierendenschaft gibt es quotierte Redelisten. Diese werden genutzt, um Diskussionsprozesse zu strukturieren. Im Studierendenparlament (StuPa) wird sich in jeder konstituierenden Sitzung aufs Neue darauf geeinigt, damit zu arbeiten und jedes mal wird diese Entscheidung in Frage gestellt. Ein Argument, was immer wieder gegen sie herangezogen wird, ist, dass eine solche Redeliste der Konstruiertheit von Geschlecht nicht gerecht wird. Hier wird auf den Diskurs um die Dekonstruktion von Geschlecht Bezug genommen. Wir wollen in diesem Artikel deutlich machen, warum Redelisten nicht einfach dekonstruiert werden können und das uns diese ewig wiederkehrende Diskussion nichts bringt!

Dekonstruktion bedeutet für uns, angelehnt an den Diskurs in den Gender Studies, dass jede Form von Geschlecht gesellschaftlich hergestellt ist, wobei sich Geschlecht auf „Männer“ und „Frauen“ bezieht. Jede Art von Verhalten, „typischen“ Charakteristika und Stereotypen ist in unserer Gesellschaft in zwei, sich meist konträr gegenüberstehenden Geschlechtern einzuordnen. Diese Einordnung wird vor allem gesellschaftlich vorgenommen und basiert nicht nur auf einer subjektiven Entscheidung. Dies fängt bereits dann an, wenn du als Baby als ein Junge bzw. Mädchen definiert wirst.

Diese Zuordnung wird besonders deutlich, wenn sich eine erwachsene Person entgegen den gesellschaftlich erwarteten Geschlechterrollen verhält. Schon mal versucht, als „Frau“ auf eine „Männerklo“ zu gehen?

Zu der Theorie um die Konstruiertheit von Geschlechtern gehört auch der Diskurs um den biologischen Körper einer Person, diesen Aspekt lassen wir hier jedoch außen vor.

Wir konzentrieren uns vor allem auf den Aspekt der Sozialisation, weil es uns um die soziale Praxis im Umgang mit dieser Theorie geht.

Unsere Beobachtungen beziehen sich auf unser soziales Umfeld, also die Uni und die studentische Selbstverwaltung, in der wir uns nahezu tagtäglich bewegen.

In diesem Umfeld ist der Diskurs um die Dekonstruktion/Konstruktion von Geschlechtern relativ stark, was sich allein daran zeigt, dass Diskussionen darum immer wieder aufflammen. Prinzipiell ist es toll, dass soviel und immer wieder darüber diskutiert wird, leider werden aber unseres Erachtens wichtige Aspekte gern übersehen.

Geschlechter lassen sich nicht per Definition dekonstruieren, dass wäre wie den fünften Schritt vor dem ersten zu machen, dabei kommen wir für gewöhnlich nicht sonderlich weit.

So auch bei der Diskussion um die quotierte Redeliste im StuPa.

Die vom StuPa verabschiedete Redeliste sieht vor, dass nach jedem ‚Mann‘ eine ‚Frau‘ reden soll, weil üblicherweise der Anteil der Redebeiträge von Männern unverhältnismäßig hoch ist gegenüber dem der Frauen. Wenn sich zum Beispiel fünf Männer gemeldet haben und während der zweite von ihnen spricht sich eine Frau zu Wort meldet, ist sie automatisch als nächste dran, denn sie wird in die RednerInnenliste hinein quotiert. So soll eine Durchmischung der Redebeiträge von Frauen und Männern erreicht werden und Frauen die Möglichkeit gegeben werden, sich leichter in eine laufende Diskussion einzuklinken.

Erdacht wurde dieses Prinzip der Quotierung, um geschlechtsspezifischem Redeverhalten entgegen zu wirken. Geschlechtsspezifisch ist Redeverhalten insofern, als dass Männer üblicherweise ein dominanteres oder sei es auch nur ein selbstbewussteres Redeverhalten haben und in einer gemischten Gruppe die Redebeiträge von Frauen häufig untergehen. Um diese Realität anzuerkennen

## Impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“ – Hunter S. Thompson

- **Anschrift** HUCh! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung; Unter den Linden 6; 10099 Berlin  
huch@refrat.hu-berlin.de; www.refrat.de/huch
- **HerausgeberIn** ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AStA)
- **Redaktion** Katharina Paar, Nelo Locke, Tobias Becker, Daniël Kretschmar (V.i.S.d.P.)
- Layout** Tobì **Druck** Union Druck **Auflage** 3.000

Alle Beiträge stehen unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung bei:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

**Redaktionschluss** für die Nr. 56 ist 30. September 2008

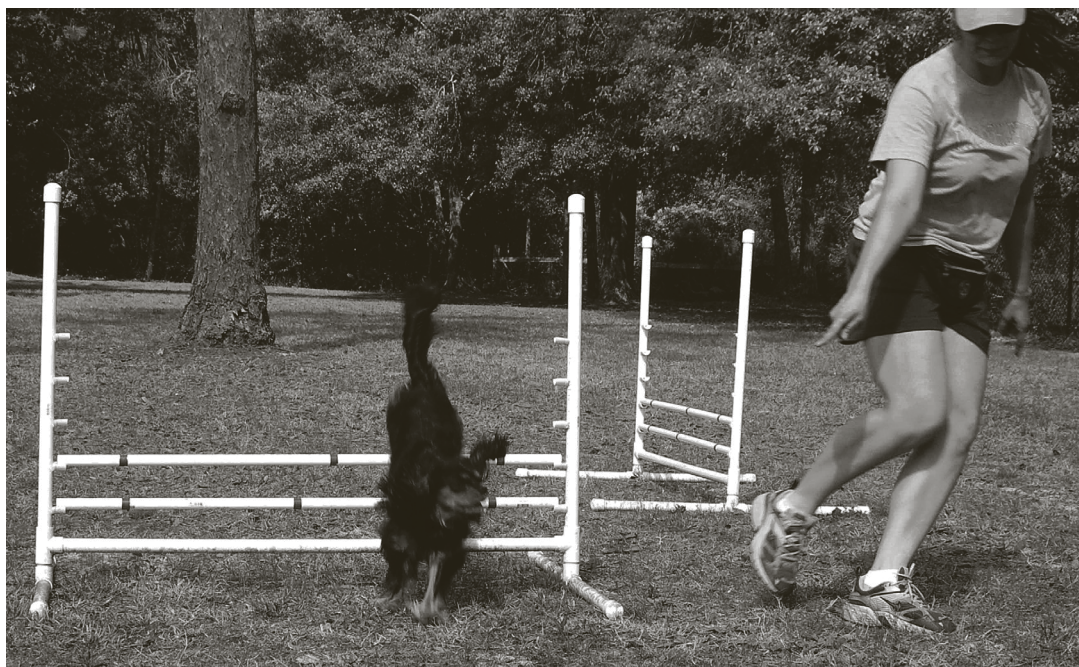


**schau mal rein!**

Die Huch! als Zeitung der studentischen Selbstverwaltung ist ein Raum, selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen Fragen und darauf aufbauend auch zu anderen relevanten Themen Stellung zu beziehen.

Wenn Du also Lust und Energie mitbringst, eine Zeitschrift zu machen, etwas mitzuteilen hast oder einfach nur mal schauen möchtest, ob das Spaß macht, schick einfach eine Mail oder schau zu den Sprechzeiten im RefRat vorbei.

Foto: Inkwamp (flickr.com)



Fun with Agility Course, Winter/Spring 2007

zu können und den typischen Verlauf von Diskussionen aufzubrechen, wird den weiblichen Redebeiträgen gezielt eine andere Aufmerksamkeit gewidmet.

Es geht nicht darum, die Redebeiträge von Frauen höher oder anders zu bewerten, die Quotierung zielt ausschließlich auf die Quantität von Redebeiträgen ab. Frauen haben nicht zwangsläufig mehr zu sagen als Männer oder die besseren Argumente, aber sie haben auch etwas zu sagen, und dem soll hier Raum gegeben werden. Das wirft jedoch (zumindest scheinbar) ein neues Problem auf: Eine quotierte Redeliste basiert auf zwei Geschlechtern und erfordert deshalb immer wieder eine Kategorisierung. Wie kann hier die Theorie der Konstruiertheit von Geschlecht seinen Platz finden?

Erst einmal scheint die Quotierung an sich die Zweigeschlechtlichkeit fortzuschreiben. Andererseits ist es nicht möglich, Zweigeschlechtlichkeit per Definition aufzuheben.

Um mit diesem Widerspruch umzugehen, müssen wir uns bewusst machen, dass wir sowohl die existierenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern im Auge behalten, als auch ihre Reproduktion kritisch hinterfragen müssen. Mit einer quotierten Redeliste ist es nicht möglich, die Zuordnung zu einem der zwei Geschlechter aufzuheben, aber dem noch immer bestehenden Missverhältnis in Teilen Rechnung zu tragen.

Das Problem der Zuordnung bleibt bestehen. Problematisch bleibt dabei nämlich, dass es kaum eine Möglichkeit gibt, sich selbst einer geschlechtlichen Identität zuzuordnen. Die Quotierung basiert in der Regel auf einer gesellschaftlichen Wahrnehmung und schreibt diese fort. Das ist nicht ideal, aber der Versuch eines praktischen Umgangs mit der sozialen Realität. In der derzeitigen gesellschaftlichen Wahrnehmung gibt es nunmal zwei Geschlechter. Jede Person wird einem davon zugeordnet und wächst damit auf. Bis wir an den Punkt kommen, uns mit der Konstruiertheit unseres eigenen Geschlechts zu beschäftigen, haben wir bereits ein Geschlecht.

Deshalb ist es wichtig, sich mit unserer gegebenen Geschlechtsidentität auseinanderzusetzen, bevor wir anfangen können sie zu dekonstruieren. Dabei ist vor allem immer zu bedenken, dass dieser Prozess nicht losgelöst

vom gesellschaftlichen Kontext stattfinden kann. Ich kann mich beispielsweise als ein typisch männlich-dominanter Mann nicht hinstellen und weil es mir gerade passt, behaupten, ich sei jetzt gerade aber weiblich. Denn die Wahrnehmung der anderen wird sich dadurch nicht automatisch verändern. Es bedarf einer Reflexion der eigenen und der fremden Wahrnehmung, denn nur wenn ich mich mit dem Wechselspiel dieser beiden auseinandersetze und mir seiner Relevanz bewusst bin, ist es möglich, Wahrnehmung auch zu beeinflussen.

Wir wollen hier nicht Leuten vorschreiben, wie sie mit ihrem zugeschriebenen Geschlecht umgehen sollen, vielmehr machen wir hier deutlich, dass mehr dazu gehört, als sich hinzustellen und zu sagen ‚Ich bin jetzt keine Frau/kein Mann mehr‘.

Die quotierte Redeliste im StuPa hat gar nicht den Anspruch, Geschlechter zu dekonstruieren, sondern ist nur ein Instrument, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Deshalb ist es auch wenig sinnvoll, mit der angeblichen Reproduktion von Geschlechterrollen dagegen argumentieren zu wollen, weil es sich hierbei ganz klar um zwei unterschiedliche Diskussionen handelt, die auch getrennt geführt werden sollten.

Die bestehenden Geschlechterverhältnisse nicht anzuerkennen ist eine Position, die nicht unter dem Deckmantel ‚Dekonstruktion‘ vertreten werden kann. Denn alles was damit erreicht wird, ist eine Verschleierung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten.

Eine Auseinandersetzung mit dem theoretischen Ansatz von der Dekonstruktion der Geschlechter ist dennoch sinnvoll und wichtig, um zu verstehen, wie Geschlechter funktionieren und wirken.

Geschlechter lassen sich nicht per Definition dekonstruieren.

Deshalb sind quotierte Redelisten immer noch ein sinnvolles Mittel, und Menschen (in erster Linie Männer) die dazu eine andere Position haben, sollten sich überlegen, was genau ihr Problem ist, anstatt dass sie Stellvertretungsdiskussionen führen.

# Mehr Arbeit

Während in der vergangenen Huch! die entgrenzte Arbeit thematisiert wurde, entgrenzt eine feministische Theorie der Arbeit ihren Begriff. Was ist Arbeit, was nicht? Auf welcher Grundlage wird das überhaupt entschieden? VON JETTE HAUSOTTER

## Umkämpfte Arbeit: Das „Vergessen“ der Reproduktion

Arbeit ist eine Grundlage menschlicher Bedürfnisbefriedigung und gesellschaftlicher Entwicklung. Und sie ist ein umkämpftes Feld. Die Frage, wer welche Arbeit macht und wie diese materiell und ideell bewertet wird, ist eine Frage der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Arbeitsbeziehungen sind daher ein Ort ständiger sozialer Auseinandersetzungen.

Arbeit war auch der Schwerpunkt der letzten HUCH. Gleich der erste Artikel stellte die grundlegende Frage: „Was ist eigentlich Arbeit“? Darin wurde festgestellt, dass der soziale Konsens entscheidet, was als Arbeit gilt und dass ein großer Teil von Arbeit gar nicht bezahlt wird. In den folgenden Artikeln ging es dann aber nur noch um Erwerbsarbeit (und um ihren Gegenpart, die Erwerbslosigkeit).

Ein Blick in die letzte Zeitbudgetstudie der Bundesregierung zeigt: In Deutschland wurde 2001 ein Gesamtvolumen an Erwerbsarbeit von 56 Mrd. Stunden erbracht. Dem standen 96 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit gegenüber. Drängt sich die Frage auf: worin besteht unbezahlte Arbeit, wer verrichtet sie und was ist ihre Funktion? Frauen verrichten laut dieser Studie über drei Fünftel der gesamten unbezahlten Arbeit, überwiegend in Form von Haushaltsarbeit, Einkäufen und Betreuungsarbeit. Bei Männern ist der Anteil dieser Tätigkeiten an unbezahlter Arbeit jeweils geringer, weil sie zusätzlich mehr Zeit in ehrenamtliche und handwerkliche Tätigkeiten investieren.

Diese unbezahlte Arbeit ist die sogenannte Reproduktionsarbeit, die kapitalistische Produktion überhaupt ermöglicht. Nicht nur quantitativ ist sie von Bedeutung, sondern ohne sie wäre die Reproduktion der gesamten Gesellschaft schlicht unrealisierbar. Denn wer sollte sonst die Arbeitskräfte von morgen hochpäppeln, die nicht (mehr) Arbeitenden pflegen und wer den Lohnarbeitenden das Essen kochen und ihre Wohnung in Schuss halten? Der Staat bietet hier nur in begrenztem Umfang Versorgungsleistungen an und auch dies ist keine Selbstverständlichkeit sondern wurde politisch erkämpft.

Bleibt die Frage: welche Tätigkeiten werden warum und mit welcher Durchsetzungskraft von wem als Arbeit definiert?

## Was ist eigentlich Arbeit? Der feministische erweiterte Arbeitsbegriff

Feministinnen haben das umkämpfte Feld Arbeit neu abgesteckt, indem sie als Arbeit definierten, was vorher durch Nichtentlohnung und Nichtbeachtung als Teil gesellschaftlicher Produktivität unmarkiert geblieben war. Einige forderten einen Lohn für Hausarbeit, der Frauen unabhängig von Männern und Familien machen sollte. Diese Forderung hatte die Verweigerung unbezahlter Reproduktionsarbeit und damit das Ende kapitalistischer Ausbeutung zum Ziel. Mit marxistischen und anderen linken Bewegungen teilten sie das Ziel der Emanzipation

aller Menschen und die Kritik an den Zumutungen der bürgerlichen Gesellschaft.

Unbezahlte Arbeit als Produzentin der Ware Arbeitskraft spielt zwar durchaus eine Rolle in der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie. Aber dem Marxismus als politischer Bewegung galten dennoch die Lohnabhängigen als die treibende Kraft sozialer Veränderungen. Frauen zählten daher auch nur insoweit als politische Subjekte, als sie Lohnarbeiterinnen waren. Die unbezahlte Reproduktionsarbeit galt Marxist\_innen und anderen Linken nicht als Bestandteil der umkämpften Arbeit. Zwischen der Frauenbewegung und der Arbeiterbewegung bzw. der Neuen Linken führte dieser ab den 1970ern geführte Kampf um die Definition von Arbeit zu Spannungen und Verwerfungen.

In kontroversen Debatten um die ökonomische Bedeutung der unbezahlten Hausarbeit und in Auseinandersetzung mit einem marxistischen lohnarbeitsbezogenen Arbeits- und Ausbeutungsbegriff formulierten Feministinnen ein Verständnis von Arbeit, das die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit, d.h. sowohl bezahlte als auch unbezahlte Tätigkeiten umfasst. Mit diesem erweiterten Arbeitsbegriff kritisierten und politisierten sie Ausbeutung und soziale Herrschaft nicht nur im unmittelbaren Verhältnis von Kapital und Arbeit, sondern auch in dem nur scheinbar außerhalb des Kapitalverhältnisses stehenden Bereich der privaten Reproduktionsarbeit.

Heute gehört der aus der feministischen Theorie stammende erweiterte Arbeitsbegriff zu den Grundlagen soziologischer Frauen- und Geschlechterforschung. Die Vorstellung vom Privaten als dem „ganz Anderen“ zur Ökonomie hält sich dennoch hartnäckig. Und so findet sich auch in vielen Analysen von Arbeit immer wieder der Fokus auf Erwerbsarbeit. Dadurch wird sowohl der Blick auf tiefgreifende Umbrüche in der Reproduktions-sphäre verdeckt, als auch die Entwicklung umfassender emanzipatorischer Ansätze einer sozial gerechten Verteilung der gesamten Arbeit verhindert.

## Reproduktion, Geschlecht und Sexualität im Kapitalismus

Die Trennung der Arbeit und damit auch der Vergesellschaftung in die zwei Sphären Produktion und Reproduktion hat sich erst mit der Entwicklung des industriellen Kapitalismus durchgesetzt. Das Privateigentum an Produktionsmitteln und die moderne Fabrikarbeit brachten einen Zugriff auf menschliche Arbeitskraft mit sich, der zwischen lohnvermittelter und nicht lohnvermittelter Arbeit unterscheidet. Für die Reproduktion der in der Produktionssphäre verbrauchten Arbeitskraft „interessiert“ sich das Kapital nicht. Die dafür nötige Arbeit wird nicht als solche bewertet, solange sie nicht direkt mehrwertbringend organisiert ist. Gleichzeitig etablierten sich bürgerliche Gesellschaftsformen, die eine Vergeschlechtlichung der sozialen Teilung der Arbeit durchsetzten; darunter die im eigenen Privathaushalt zusammenlebende heterosexuelle, eheliche Kleinfami-



Advanced Class, Winter 2008

lie als hegemoniale Lebens- und Reproduktionsform. Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit wurden zum Scharnier, das die in den zwei Sphären arbeitenden Subjekte in reproduktiven Einheiten aneinander band. Reproduktionsarbeit wurde durch die Klassifikation als private und im eigenen Haushalt erbrachte Nicht-Arbeit, als Liebesdienst, abgewertet bzw. ihre gesellschaftliche Produktivität negiert. Nicht zuletzt der Staat setzte mittels entsprechender rechtlicher Normierungen durch, dass weibliche Arbeitskraft strukturell in die Familie verbannt und dort zur unbezahlten Übernahme der reproduktiven und regenerativen Aufgaben herangezogen wurde. Tarifkompromisse zwischen Gewerkschaften und Kapital, die eine ungleiche Behandlung von Männern und Frauen ermöglichten, taten ihr übriges. Frauen wurde eine eigenständige Existenzsicherung durch Lohnarbeit erschwert indem ihnen ein nur prekärer Status in der Erwerbssphäre zugestanden wurde. Teilzeitarbeit war und ist daher unter Frauen besonders verbreitet und in ökonomischen Krisenzeiten sind sie stets überproportional von Entlassungen betroffen. Unbezahlte Reproduktionarbeitskräfte sind also meist auch Lohnabhängige aber nicht ihre ganze Arbeitskraft wird unvermittelt kapitalistisch ausgebeutet.

### Krise der Reproduktion?

In der letzten Huch wurden anhand des „Arbeitskraft-unternehmers“ und der „Prekarisierung“ Phänomene diskutiert, die Ausdruck einer Arbeitsgesellschaft im Umbruch sind. Mit der so genannten Krise des Fordismus wird aber auch die Reproduktionsweise instabil.

Lohnarbeit wird derzeit als Wundermittel zur Bewältigung der Erwerbslosigkeit, der Finanzierungsprobleme der Sozialsysteme und des demographischen Wandels gepriesen. Neben workfare-Politiken wird dazu EU-weit die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen angestrebt. Eine Folge davon ist, dass unbezahlte Arbeitskraft von Frauen immer weniger in formal abgesicherter Form zur Verfügung steht. Die Organisation der Reproduktion bleibt dennoch größtenteils Privatsache. Und dies wiederum hat einkommensabhängige Auswirkungen.

Im mittleren Einkommensbereich ist die fordistische Reproduktionsweise, also Familiernährer plus Reproduktionsarbeiterin mit Zuverdienst, immer noch finanziell attraktiv. Hierbei ist die Privatisierung der Reproduktionsarbeit formalisiert, z.B. steuerlich begünstigt. Zwischen oberen und unteren Einkommensklassen nimmt die soziale Ungleichheit hingegen zu – nicht zuletzt durch die qualitativen Unterschiede

in der Prekarisierung der Reproduktion. Für Personen bzw. Familien im Niedriglohnbereich verschärft sich die Doppelbelastung von Lohn- und Reproduktionsarbeit, da der zeitliche und finanzielle Schonraum besonders für Betreuungsaufgaben zusehends beschnitten wird. Ein Ausdruck der Privatisierung der Reproduktion im Zuge entgrenzter Lohnarbeitsverhältnisse in den höheren Einkommensklassen ist hingegen die zunehmende Ökonomisierung von Reproduktionsarbeit. Wenn weniger eigene oder fremde unbezahlte Arbeitskraft dafür zur Verfügung steht, ist eine naheliegende „Lösung“ meist der Rückgriff auf bezahlte Haushaltsarbeit. Besonders die arbeitsintensiven Reproduktionstätigkeiten werden von denen, die es sich leisten können, kurzerhand „outsourct“.

Dabei entsteht ein Schattenarbeitsmarkt auf dem in Deutschland vorrangig Migrantinnen, oftmals aufenthaltsrechtlich illegalisiert, beschäftigt sind. Ökonomisierte Reproduktionsarbeit zeichnet sich hier durch niedrige Löhne, hohe Flexibilitätsanforderungen, fehlende Sozialversicherungen und schlechte Arbeitsbedingungen aus. Der private Charakter des Arbeitsortes trägt sein übriges zu den besonderen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsformen bei. Für das Jahr 2000 liegen laut den Daten des Sozioökonomisches Panels geschätzte vier Millionen solcher Beschäftigungsverhältnisse vor, Tendenz steigend.

### Politik aus der Reproduktionsperspektive!

Hier hat sich eine Form von Lohn für Hausarbeit etabliert, die mit kritischen, feministischen Positionen nicht vereinbar ist. Wenn soziale Gerechtigkeit das Ziel ist, dann muss eine andere Politik zur Bewältigung von Erwerbslosigkeit, der Finanzierungsprobleme der Sozialsysteme und des demographischen Wandels her. Politische Perspektiven vom Standpunkt der Reproduktion aus zu entwickeln, sollte dabei ein Ansatz kritischer, emanzipatorischer Projekte sein. Die gesellschaftliche Notwendigkeit von Arbeit muss sich an den Bedürfnissen der Menschen messen lassen. Arbeitszeitverkürzung in der Erwerbssphäre und die Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit, d.h. ihre existenzsichernde Anerkennung, wären ein erster Schritt.

In diesem Sinne würde Lohn für Hausarbeit weder Frauen auf Dauer zu Hausfrauen machen und in die Privatsphäre verbannen, noch die Etablierung eines prekären Dienstleistungssektors bedeuten, der Anderen hochbezahlte, entgrenzte Lohnarbeit ermöglicht. Und wenn damit die Heteronormativität ein Stück weiter Richtung Müllhaufen der Geschichte wandert: umso besser!

### Quellen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/ Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*. Berlin.
- Jürgen Schupp (2002): *Quantitative Verbreitung von Erwerbstätigkeit in privaten Haushalten Deutschlands*, in: Gather, Claudia/ Geissler, Birgit/ Rerrich, Maria S. (Hg.): *Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel*. Münster, S. 50-70.

# Geld oder Leben

Der Wunsch, das eigene Studium zügig zu beenden, wird von vielen gehegt. Dass er sich nicht immer leicht erfüllt, hat oft soziale Ursachen. VON KOLJA FUCHSLOCHER

Eine ausreichende Finanzierung ist eine wesentliche Voraussetzung für das erfolgreiche Absolvieren eines Studiums. Was sich erstmal profan anhört, kommt im realen Studierendenleben eher einer Utopie nahe. Nur die Wenigsten können ein finanziell ausreichend abgesichertes Studium führen. Von Erwerbsarbeit, die ca. 25% der Studienfinanzierung trägt, sind ca. 2/3 der Studierenden betroffen. Dieser Wert wird regelmäßig bestätigt – zuletzt durch die 18. Sozialerhebung des Studentenwerkes und die Studierbarkeitsumfrage an der HUB aus dem Jahre 2006<sup>1</sup>. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Elternhauses hat Einfluss auf Umfang und Anteil der Studienfinanzierung durch Erwerbsarbeit. Je nachdem welchen Anteil die Erwerbsarbeit am individuellen Finanzierungskonzept hat, nimmt sie mitunter beträchtliche Ressourcen zu Lasten von Studium und Freizeit in Anspruch. Jede Stunde Erwerbsarbeit bedeuten in der Regel jeweils etwa 30 Minuten weniger Studium und Freizeit.<sup>2</sup> Hierin liegt eine zentrale Ursache für Studienverzögerungen. Wer allerdings im Umkehrschluss meint, diese soziale Realität würde im Studienbetrieb berücksichtigt, hat sich gewaltig getäuscht.

Im Zuge des Bologna-Prozesses und der Modularisierung der Studiengänge wurden eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, die ein Studium verbunden mit Erwerbsarbeit massiv erschwerten. Hauptursache ist der ‚Workload‘. Viele festgelegte aufeinander aufbauende Lehrveranstaltungen mit aktiver Teilnahme, Klausuren, ständigen Kleinstarbeiten, Referaten, Hausarbeiten und Abschlussprüfung in festgezurten Studienverlaufsplänen nehmen eine Menge Zeit in Anspruch. Bei durchschnittlich 19 SWS arbeiten 78% der Studierenden in den BA-Studiengängen mehr als 38h oder mehr pro Woche für ihr Studium<sup>3</sup>. In diesem Durchschnittswert sind die von Erwerbsarbeit Betroffenen mit eingeschlossen. Das Zeitbudget ist dementsprechend gering, noch geringer wird die Zeit für Erholung und Reproduktion der eigenen Arbeitskraft.

Insgesamt glauben an der HUB nur 39% aller befragten Studierenden, ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit abschließen zu können, zu Studienbeginn äußern diese Hoffnung noch 62% der Befragten<sup>4</sup>. Eine Untersuchung des Präsidiums der FU kommt zu noch drastischeren Ergebnissen. Zitat: „38% der Studierenden im 3. Fachsemester 2005/2006 werden mindestens ein Jahr länger für ihre Abschlussprüfung benötigen, ca. 33% der Studierenden noch länger.“<sup>5</sup>

Doch anstatt die Studiengänge so aufzubauen, dass die Realität Einkehr erhält, wurden zahlreiche restriktive Instrumentarien geschaffen, die den betroffenen Studierenden das Leben schwer machen. Wer zu lange braucht, wird sanktioniert. Je nach Universität können dies Zwangsberatungen, Maluspunkte oder bzw. und

Zwangsexmatrikulationen sein. Als Gradmesser wird die Regelstudienzeit genutzt. In manchen Bundesländern werden sogenannte Langzeitstudierende darüber hinaus fiskalisch mittels Langzeitstudiengebühren oder Studienkonten zur Kasse gebeten. Betroffen sind insbesondere Studierende, die aufgrund ihrer sozialen Lage eben länger brauchen.

Die Kultusministerkonferenz erkannte diese studentische und soziale Realität bereits 1982. Zitat: „Aus der Notwendigkeit, am Erwerb des Lebensunterhalts mitzuarbeiten, darf kein Nachteil, insbesondere im Sinne einer Sanktion bei Überschreiten der regelmäßigen Studienzeiten, entstehen.“<sup>6</sup> Die Regelstudienzeit sollte für die Universitäten eine Verpflichtung bedeuten, einen zeitlichen und organisatorischen Rahmen zu schaffen, in denen Studierende, vorausgesetzt sie haben nichts anderes zu tun, ihr Studium abschließen können. Beides wird derzeit missachtet: Weder schaffen es die Hochschulen, ihre Studiengänge so zu strukturieren, dass die Mehrheit der Betroffenen ein Studium in der Regelstudienzeit absolvieren kann, noch wird die soziale Realität berücksichtigt. Letztere wird sogar zunehmend sanktioniert.

Derzeit bieten sich zwei Möglichkeiten an zu einer Lösung zu kommen, die die sozialen Belange der Studierenden berücksichtigt: Einmal die Studiengänge studierbar zu machen: Dies bedeutet, den ‚Workload‘ etwas zu reduzieren und gleichmäßiger zu verteilen. Es sollte zu dem Grundsatz zurückgekehrt werden, dass Studierende an einer Hochschule sind, weil sie studieren und etwas lernen wollen – Sanktionsapparate sind hierbei fehl am Platz und abzuschaffen. Die dabei freiwerdenden Kapazitäten sollten in gute Beratung und Betreuung umgelenkt werden. Zum Anderen sollten Studienmodelle entwickelt werden, die eine Flexibilisierung der Studiendauer erlauben. Dazu zählen insbesondere kreative Teilzeitstudienmodelle, die die Belange von bspw. Erwerbsarbeit oder Kindererziehung berücksichtigen und ggf. Semesterweise angepasst werden können. Die Politik muss hierfür die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und die Universitäten in die Pflicht nehmen.

Ansonsten droht sich ein seit Jahrzehnten anhaltender Trend nicht nur zu verfestigen sondern sogar zu beschleunigen. Menschen aus sog. bildungsfernen und finanzärmeren gesellschaftlichen Schichten sowie mit Migrationshintergrund sind an den Universitäten eh schon unterrepräsentiert und werden es dauerhaft bleiben. Ein Trend von der auch in der 18. Sozialerhebung die Rede ist. Zitat: „Die Entwicklung in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden verlief in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten nahezu unverändert in die gleiche Richtung: Der Anteil aus der [sozialen] Herkunftsgruppe ‚hoch‘ stieg kontinuierlich an, während sich der Anteil an Studierenden vor allem aus den unteren beiden [sozialen] Herkunftsgruppen reduzierte.“<sup>7</sup> Dieser soziale Selektionsprozess muss gestoppt und umgekehrt werden. Die Universitäten haben hier eine Verpflichtung und Chance, die genutzt werden muss. Dazu braucht es zuallererst die Anerkennung der sozialen Realität und zu dieser zählt die Erwerbsarbeit während des Studiums.

1 18. Sozialerhebung des Studentenwerkes (Kurzbericht) (mehr unter [www.studentenwerk.de](http://www.studentenwerk.de)) sowie Studierbarkeit an der HUB (Download unter [www.studierbarkeit.de](http://www.studierbarkeit.de))

2 18. Sozialerhebung S.30

3 Studierbarkeit an der HUB S.32ff.

4 Studierbarkeit an der HUB S. 175

5 „Untersuchung des Studienerfolgs von Studierenden der zum Wintersemester 2004/2005 neu eingerichteten Bachelorstudiengängen“ S.31f. Download unter: [www.wiki.bildung-schadet-nicht.de/images/d/d1/Studienfolg\\_FU.pdf](http://www.wiki.bildung-schadet-nicht.de/images/d/d1/Studienfolg_FU.pdf)

6 Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Dauer des Studiums und Studierbarkeit des Lehrangebots, verabschiedet in der Ständigen Kommission für die Studienreform am 9. Dezember 1982, S. 4f. (Zitiert nach Studierbarkeit an der HUB S.216)

7 18. Sozialerhebung S. 13



# Mythen entschlüsseln

Ist "Lebenslanges Lernen" mehr als eine inhaltsleere Phrase? Eine kurze Begriffsgeschichte des Mythos'. VON KARSTEN SCHULDT

**O**ft wird Lebenslanges Lernen als Schlagwort missverstanden, dass nichts weiter ausdrücken würde, als den Fakt, dass Menschen beständig in Lernprozesse involviert sind. Unter dieser Annahme versuchen unterschiedliche Einrichtungen sich politisch als zu fördernde Institutionen zu empfehlen. Gesellschaftskritische Beiträge sehen dies anders. In ihnen wird das Schlagwort vom Lebenslangen Lernen als Forderung gedeutet, dass sich die Menschen selbstständig bilden sollten um den Anforderungen der Wirtschaft zu entsprechen. Es würde, so die Analyse, ein beständiger Druck zur Weiterbildung aufgebaut, der an den Interessen der meisten Menschen vorbeigeht.

Wäre das Konzept Lebenslanges Lernen tatsächlich so trivial, es würde nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die es zumindest in der Politik erhält. Beispielsweise investiert die Europäische Union in ihr laufendes Lifelong Learning Programm insgesamt sieben Milliarden Euro. Und die Bundesregierung hat im April 2008 ein Konzeptprogramm verabschiedet, in dessen Rahmen Lebenslanges Lernen ein Modell darstellt, mit dem im großen Rahmen auf Unzulänglichkeiten des Bildungssystems reagiert werden soll. Einen tatsächlichen durchgreifenden Effekt hatten diese Programme und Konzepte bislang nicht. Sie werden auch keinen haben, wie die Geschichte des Konzeptes Lebenslanges Lernen lehrt.

## Die 1970er Jahre

Der Terminus Lebenslanges Lernen wurde in den 1970er Jahren von der Unicef geprägt. Weltpolitisch war diese Zeit geprägt von der Blockkonfrontation, antikolonialen Kämpfen und einem wachsenden Wohlfahrtsniveau. In der sogenannten ersten Welt fand eine Etablierung der Liberalisierung statt, die im Rahmen der 68er-Bewegungen angestoßen worden war. Viele der Staaten in der sogenannten dritten Welt versuchten eine sozial gerechtere Gesellschaft zu begründen. Es war eine Zeit massiver Alphabetisierungskampagnen. Gerade in Südamerika wurde im Umkreis von Paulo Freire und Ivan Illich ein Konzept der selbstbestimmten Bildung propagiert, dass auf einer Kritik der Institution Schule aufbauend, die Selbstermächtigung der Lernenden zum Ziel hatte.

Von der Unesco wurde unter Edgar Faure eine Kommission eingerichtet, die Grundzüge der zukünftigen Bildungssysteme bestimmen sollte. Die Kommission war der weltpolitischen Situation entsprechend



Fun with Agility Course, Fall 2006

repräsentativ besetzt. Deren als Faure-Bericht bekannt gewordener Abschlussbericht bestimmte die Aufgabe der Bildung hauptsächlich als demokratisierend. Bildung, so die Grundthese, habe die Aufgabe, die Menschen zur Aufklärung zu erziehen, damit diese sich der Gesellschaft in der sie leben bewusst werden und diese verändern können. Der demokratischen Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen wurde der absolute Vorrang eingeräumt. Der Bericht kulminiert in der These, dass es ein Scheitern der Bildungssysteme darstellen würde, wenn die Menschen, die hohe Bildungstitel erwerben, nicht gleichsam ein soziales Bewusstsein ausprägen würden, ihr Wissen im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts einzusetzen.

Der Faure-Bericht bestimmte in den 1970er Jahren eine Diskussion, die Bildung mit dem Versprechen eines besseren Lebens für alle verband. Allerdings verschwand diese Debatte im Laufe der 1980er Jahre.

## Die 1990er Jahre

1993 wurde, wieder von der Unesco, unter Jacques Delors, eine neue Arbeitsgruppe eingerichtet, um einen weiteren Bericht zur Lage der Bildungssysteme auszuarbeiten. Die weltpolitische Lage hatte sich geändert. Einer der beiden Blöcke existierte nicht mehr, die kapitalistische Produktionsweise und eine liberal-demokratische Ideologie konnte sich für einige Jahre relativ konkurrenzlos darstellen. Deshalb verschob sich auch der Fokus der Kritik an den Bildungssystemen. Die Arbeitsgruppe war zutiefst davon überzeugt, dass dem wirtschaftlichen Aufschwung eine Demokratisierung der Gesellschaft nachfolgen würde, obwohl diese Überzeugung angesichts von Entwicklungsdiktaturen wie China oder Chile unter Pinochet nicht wirklich haltbar ist.

Als Hauptproblem der Bildungssysteme wurde analysiert, dass sie nicht allen Menschen dazu verhelfen würden, ihre beruflichen und wirtschaftlichen Potentiale

auszunutzen. Bildung wurde letztlich mit wirtschaftlichem Fortkommen gleichgesetzt. Dass Menschen nicht weiterlernen, wenn sie es eigentlich könnten, wird als Problem bezeichnet. Insbesondere wurde etwas behauptet, dass sich seitdem als Allgemeinplatz durchgesetzt hat: nämlich, dass die Wirtschaft immer schneller neue Anforderungen hervorbringen würde, die nur durch ständiges Weiterlernen zu meistern wären. Wer nicht lernt, würde beruflich zurückfallen und ein Staat, welcher nicht das ständige Weiterlernen seiner Bevölkerung nach der Erstausbildung organisieren könnte, würde seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigen.

Die Realität sieht auch heute noch anders aus: wer nach der Berufsausbildung nicht weiterlernt, bleibt zumeist in einer relativ vorgezeichneten beruflichen Karriere, aber er oder sie fällt beruflich nicht zurück. Ob das gut ist, ist eine andere Frage. Dagegen hat sich das Problem der Überqualifikation verschärft, also das Phänomen, dass Menschen nicht eingestellt werden, weil sie angeblich zu gut für eine Stelle seien. Dies wird in Debatten um Lebenslanges Lernen allerdings kaum thematisiert.

Obwohl als Bericht der Unesco vorgelegt, wurde der Delors-Bericht hauptsächlich von explizit wirtschaftlich orientierten Organisationen, wie der OECD und der Weltbank aufgegriffen. Bei deren Interpretation fiel allerdings der demokratisierende Aspekt weg. Die Interpretation des Konzeptes Lebenslanges Lernen durch diese Organisationen ist aktuell die bestimmende, auch weil es einfach keine offensiv vertretene Alternative gibt. Das Absurde dabei ist, dass die Politik, die versucht an dieses Konzept anzuschließen, sie meist noch weiter reduziert und die Warnungen selbst der internationalen Wirtschaftsverbände vor den Folgen sozialer Verwerfungen für die Stabilität von Gesellschaften vollständig ignoriert.

### Was drin steckt

Aber was heißt nun Lebenslanges Lernen? Das ist, trotz aller Debatten, relativ unklar. Die vom Faure-Bericht angeregte *cité educative*, eine Gesellschaft, in der selbstorganisiertes Lernen zum Allgemeingut gehört, Bildung als Recht – nicht unbedingt als Pflicht – der Menschen begriffen und aktiv gefördert wird, scheint immer noch das bestmögliche Bild dieses Konzeptes darzustellen.

Grundsätzlich ist die im Rahmen des Konzeptes formulierte Kritik immer gewesen, dass die realen Bildungssysteme mit ihrer Konzentration auf formale Bildungseinrichtungen – also Schule, Berufsausbildung und Hochschule – den Anforderungen der jeweiligen Gesellschaft nicht gerecht würden. Zudem wurde immer kritisiert, dass einem großen Teil der Bevölkerung eine grundlegende Bildung vorenthalten würde. Die verschiedenen Vorschläge, die gemacht wurden, liefen beständig auf drei Aspekte hinaus. Erstens solle allen Menschen eine Grundbildung ermöglicht werden, die das Weiterlernen nach der Erstausbildung ermöglichen soll. Zweitens solle allen Menschen der Zugang in alle möglichen Bildungseinrichtungen ermöglicht werden, gerade, wenn sie schon einmal beim eigentlich vorgesehenen Aufstieg

durch die Bildungseinrichtungen gescheitert sind. Und drittens solle die Bildung an sich flexibler auf die Anforderungen der Gesellschaft eingehen.

Falsch sind diese drei Kritikpunkte nicht. Sie stehen allerdings immer wieder unter dem jeweils vorherrschenden Paradigma. In den 70er Jahren unter dem Paradigma einer gerechteren Gesellschaft, in den 90er Jahren unter dem Paradigma der neoklassischen Ökonomie, dass unter anderem die Menschen hauptsächlich als Individuen und weniger als Teil der Gesellschaft beschreibt. In den letzten Jahren tauchen zudem in den Texten immer wieder Hinweise auf eine nachhaltige Entwicklung auf, wie auch immer dieses Schlagwort im Bezug auf Bildung auch inhaltlich gef  llt werden kann. Die Interpretationen dieser Konzepte sind immer ein Feld politischer Auseinandersetzungen. Wenn sich Initiativen auf diesem Feld engagieren, sind sie in der Lage ihnen wichtige Aspekte zu fördern. Dass Lebenslanges Lernen heute oft als Forderung an Menschen begriffen wird, ihr Wissen ständig den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen, hat vor allem damit zu tun, dass alle politischen Akteure, die andere Zielrichtungen hätten betonen können praktisch vor der neoklassischen Logik kapituliert haben. Außerdem ist eine Erfahrung, dass die Bildungspolitik zwar mit dem Konzept Lebenslanges Lernen argumentiert, aber dessen Inhalte selber vollkommen diffus umzusetzen versucht. Vorherrschend ist weltweit eine relativ provinzielle Auslegung des Konzeptes, das dazu benutzt wird, die eigenen Vorstellungen von einem richtigen Bildungssystem mit dem Argument zu untermauern, dass dies international gefordert würde.

Würde die Kritik, die mit dem Konzept Lebenslanges Lernen selbst in seiner wirtschaftsfreundlichen Auslegung formuliert wird, ernst genommen, so müssten die Zugänge zu allen Bildungseinrichtungen für alle Menschen offen stehen, müssten weitere Bildungseinrichtungen aufgebaut und kontinuierlich finanziert werden. Zudem müsste ein System der Bildungsberatung aufgebaut werden, mit dessen Hilfe Menschen bei allen möglichen Lernprojekten inhaltlich und finanziell unterstützt würden. Nicht zuletzt müsste – und das steht dem Kontrollwahn der aktuellen deutschen Bildungspolitik fundamental entgegen – hingenommen werden, dass Menschen Dinge lernen wollen, die sich wirtschaftlich oder gesellschaftlich nicht unbedingt verwerten lassen. Und auch dies müsste finanziert werden. Das wäre ein gesellschaftliches Großprojekt, an das sich nicht herangetraut wird. Oder anders gesagt: wann immer die Bildungspolitik oder andere Institutionen auf das Konzept Lebenslanges Lernen berufen, wissen sie einfach nicht, wovon sie reden – nämlich von einem radikalen Umbau des Bildungssystems, den sich diese Organisationen nicht wirklich vorstellen können, auch nicht die Kritikerinnen und Kritiker des aktuellen Bildungssystems, die heute inhaltlich kaum mehr als den Erhalt des Bildungssystems der 1980er Jahre zu fordern in der Lage scheinen. Gerade weil es einen so radikalen Antagonismus zu allen bisher umgesetzten Bildungskonzepten darstellt, wäre das Konzept Lebenslanges Lernen, wenn es mit eigenem Inhalt gef  llt würde, eine gute Basis zur Kritik des real existierenden Bildungssystems.

### Literatur:

- Faure, Edgar u.a / *Wie wir leben lernen – Der UNESCO-Bericht über Ziele und Zukunft unserer Erziehungsprogramme*, Reinbek, Rowohlt, 1973
- Delors, Jacques u.a.; *Deutsche UNESCO-Kommission / Lernfähigkeit – Unser verborgener Reichtum; UNESCO-Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert*, Neuwied u.a., Luchterhand, 1997
- Gerlach, Christane / *Lebenslanges Lernen – Konzepte und Entwicklungen 1972 bis 1997*, Köln u.a., Böhlen Verlag, 2000
- Kade, Jochen; Seitter, Wolfgang / *Lebenslanges Lernen – mögliche Bildungswelten – Erwachsenenbildung, Biographie und Alltag*, Opladen, Leske + Budrich, 1996
- Rhyn, Heinz [Hrsg.] / *Heterogenität, Gerechtigkeit und Exzellenz: Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft*, Innsbruck u.a., StudienVerlag, 2007



Advanced Class, Winter 2006

# Wem nützt es?

Die meisten diskursrelevanten Reformkonzepte im Bildungsbereich sind durchsetzt von Marktrhetorik und Verwertungslogik. Dahinter steckt nicht selten jahrzehntelange erfolgreiche Lobbyarbeit der Wirtschaftsverbände. Wie kann angesichts dieser Situation eine progressive Bildungspolitik aussehen? VON DANIEL KRETSCHMAR

Der European Round Table of Industrialists (ERT) ist ein exklusiver Zusammenschluss sich selbst als Industriekapitäne stilisierender Manager von 45 Großunternehmen. Nur auf Einladung wird man Teil dieses Kreises, eine Ehre übrigens, die ausschließlich Männern vorbehalten zu sein scheint. Stolz lässt man mitteilen, dass der Umsatz der vertretenen Unternehmen das Bruttosozialprodukt der meistens Mitgliedsstaaten der Europäischen Union locker in den Schatten stellt. Laut Selbstauskunft ist das Ziel der Vereinigung, der Politik beratend zur Seite zu stehen, wenn es darum geht, ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen, auf dass die Unternehmen und mit ihnen Europa weiter prosperieren mögen. Diese Highprofile-Lobbyisten führen intern strategische Diskussionen, bestimmen die für sie zentralen Themen der tagespolitischen, als auch der langfristigen Agenda und gründen zur vertieften Betrachtung Arbeitsgruppen, deren Aufgabe die Formulierung von Thesen ist, die dann der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

## Ein Mythos als Programm

Die Arbeitsgruppe „Education“ stellte im Jahre 1995 einen 32-seitigen Bericht mit dem Titel „Education for Europeans: Towards the Learning Society“ vor. Die Anfang der neunziger Jahre international, vor allem aber in Europa sehr präsente Bildungsdebatte wurde darin aufgegriffen, Begriffe und Ideen verschiedener AkteurInnen auf ihre Relevanz für die ERT-Unternehmen abgeklopft.

Insbesondere das „lifelong learning“ hatte es den Industriellen angetan. Die alles bewegende Frage jener Tage war (und ist) die des immer schneller sich wandelnden Spezialisierungsniveaus in der Arbeitswelt. Die permanente Beschleunigung der technologischen Entwicklung hatte erkennbar ein Maß erreicht, das Anforderungen an die Qualifizierung des Fachpersonals stellte, denen mit dem herkömmlichen Bildungssystem nur unzureichend beizukommen war. Der ERT beklagte die lange Reaktionszeit der nationalen Bildungssysteme angesichts neuer Entwicklungen. Die Probleme mangelnder grundständiger Bildung, unnötiger Spezialisierungen, fehlender Kompetenzen in Sachen Arbeitsorganisation, gewaltiger regionaler Unterschiede im Bildungsstandart und der daraus folgenden Schwierigkeit der Vergleichbarkeit von Abschlüssen wurden angesprochen und als erheblicher Hemmschuh für erfolgreiches Unternehmertum beschrieben. Abhilfe schaffen sollte ein Bildungssystem „von der Wiege bis ins Grab“, das Menschen befähigt, sich flexibel und jederzeit neuen Anforderungen an ihr Qualifikationsniveau erfolgreich zu stellen.

Die Verantwortung für Entwicklung und Bereitstellung eines solchen Systems lag nach Ansicht der Industriellen auf der staatlichen Seite. Die beschriebene herkulische Aufgabe der Großreform sollte übrigens bei gleichzeitigem Bürokratieabbau bewältigt werden, denn die Bürokratie ist für die gesellschaftliche Entwicklung bekanntermaßen so etwas, wie eine angezogene Handbremse in einem Kleinwagen, oder Herbstlaub auf den Schienen der Deutschen Bahn.

Dass eine Lobbyorganisation führender Großkonzerne fordert, möglichst brauchbares Humankapital von der Gesellschaft geliefert zu bekommen und dabei weder Kosten noch Mühen scheuen würde, die auf den Schultern Anderer lägen, überrascht nicht. Bemerkenswert an der ganzen Sache ist, dass mit nur geringer zeitlicher Verzögerung die Aufgabe der Modernisierung des europäischen Bildungsraumes von den politisch Verantwortlichen erkennbar an den in diesem Papier benannten Leitlinien entlang in Angriff genommen wurde. Stichworte für den Hochschulbereich sind beispielsweise die Harmonisierung der Abschlüsse oder auch die Hervorhebung sozialer Qualifikationen über spezialisiertes Fachwissen in den ersten „berufsqualifizierenden“ Abschlüssen. Die staatliche Förderung der Erwachsenenbildung gehört in dieses Muster genauso wie die immer weiter ausgebauten Vorschulbildung. Die 2007 erfolgte Vernetzung der Mobilitäts- und Partnerschaftsprogramme auf europäischer Ebene (Comenius in der Schulbildung, ERASMUS in der Hochschulbildung, LEONARDO für die Berufsbildung und GRUNDTVIG in der Erwachsenenbildung) zum Programm Lebenslanges Lernen (LLP) entspricht ziemlich genau den Vorschlägen des ERT von 1995.

### Erfolgreiche Wort-Piraterie

Als kurz vor der Jahrtausendwende in Deutschland der Bildungsnotstand ausgerufen und zu seiner Behebung unter anderem die inzwischen etablierte Studienreform angestoßen wurde, war die Debatte geprägt von Begrifflichkeiten eines vor allem den 1970er Jahren entsprungenen Ideals der sozialdemokratisch durchgesetzten Hochschulreformfraktion. Schlagworte wie Modularisierung, Praxisbezug, Internationalisierung und auch das berühmte „Lebenslange Lernen“ waren damals in die Debatte eingeführt worden unter der Maßgabe, dass sie Mittel wären, die Individuen befähigten, nach den eigenen Vorstellungen ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und an ihrer Entwicklung, ideell, kulturell und auch materiell teilzuhaben. In der aktuellen Situation jedoch hatten sich die Vorzeichen wesentlich verändert: Aufgabe der reformierten Bildung sollte es nicht sein, Menschen Macht über ihr Leben und ihre Lebenswelt an die Hand zu geben, sondern sie statt dessen in die Lage versetzen, den ihnen zugewiesenen Platz in dieser Gesellschaft möglichst nutzbringend einzunehmen.

Das war ein verwirrender Moment für die frühere Avantgarde der Bildungsreform. Endlich erfuhren ihre Konzepte öffentliche Aufmerksamkeit, bei genauem Hinsehen wurde aber deutlich, dass sie sich auf dem Wege dorthin grundlegend geändert hatten. Nicht das in gewisser Weise romantische, auf die Entfaltung des Individuums, ausgerichtete Bildungsideal bestimmte die Debatte, sondern der bürgerliche Utilitarismus erlebte eine großartige Renaissance, und das unter Verwendung des ursprünglich „idealistischen“ Handwerkszeuges. Als Vergleich ließe sich eine Werbung für ein beliebiges Haushaltsgerät vorstellen, die sich des Gesichtes Patrice Lumumbas' bedienen würde. Auf die Folgen der Bildungsreform zählend (Stichwort: Befähigung zur selbständigen Weiterbildung) soll an dieser Stelle darauf verzichtet werden, Lumumbas' Biografie zu referieren.

Die auf die feindliche Übernahme der Reformmodelle folgende Paralyse der potentiell fortschrittlichen AkteurInnen der Bildungsreform hält tatsächlich noch immer an. Kurios daran ist, dass es sich dabei um eine seltsam geschäftig anmutende Lähmung handelt. Der Mitwirkungs- und Gestaltungswille z.B. studentischer Aktiver scheint ungebrochen, was angesichts der fortgesetzten Frustration nur schwer erklärlich ist. Verbände und Vertretungen scheinen noch nicht bemerkt zu haben, dass sie sich eine aussichtslose Schlacht liefern. Aussichtslos deshalb, weil sie bereits angetreten sind unter Voraussetzungen, die ihnen von ihren AntagonistInnen vorgeschrieben wurden. Aussichtslos auch deshalb, weil ihnen nicht einmal mehr das verwendete Vokabular eigen ist. Begriffe lassen sich eben nicht beliebig besetzen. Was ein Wort bedeutet, entscheidet die Praxis. Wer heute „Lebenslanges Lernen“ sagt, öffnet einen Assoziationsrahmen, der maßgeblich vom ERT bestimmt ist.

Dieser Umstand muss natürlich niemanden daran hindern, für sich selber eine andere Herleitung und Definition des lebenslangen Lernens zu finden, nur sollte Klarheit darüber herrschen, dass jede Diskussion in gesellschaftlich vorgegebenem Rahmen (beispielsweise in den Unigremien) nicht auf der Grundlage dieser Privatdefinition stattfinden wird.

### Kräfteverhältnisse im Diskurs

Warum haben nun die progressiveren gesellschaftlichen AkteurInnen es soweit kommen lassen, dass es inzwischen nicht einmal mehr eine Definitionsmacht über die eigenen Begriffe gibt und was lässt sich daraus lernen?

Zur Klärung muss zuallererst noch einmal ins Gedächtnis gerufen werden, wer da gegen wen angetreten ist. Die politische Organisation der Gesellschaft in der wir leben ist die repräsentative Demokratie, ihre Wirtschaftsform - der Kapitalismus. Wer ein bestimmtes Bildungsideal vertritt, zum Beispiel eines an den Bedürfnissen und Wünschen des Individuums ausgerichteten, stellt zumindest implizit beides in Frage. Dass damit unter gegebenen Umständen in der öffentlichen Diskussion kein Blumentopf zu gewinnen ist, ist kein Zufall. Die in der Öffentlichkeit und der Politik eher am Rande wahrgenommene Bildungsreformfraktion stand und steht unter anderem der geballten Lobbykraft einer Organisation gegenüber, die, wie bereits ausgeführt, mehr Geld bewegt, als die meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Der ERT repräsentiert die mächtigsten Vertreter der Wirtschaftsform unserer Gesellschaft. Die Frage, wie man sich innerhalb des von diesen Vertretern bevorzugten politischen Rahmens gegen dieselben durchsetzen soll, muss erstmal jemand schlüssig beantworten.

Die Aussichten sind also nicht sonderlich gut für eine am Menschen ausgerichtete Reformpolitik im Bildungsbereich. All die endlosen Mühen in Gremien und an Verhandlungstischen können nur dann einen Sinn haben, werden sie einer ständigen Evaluation unterworfen.

Es ist ja schließlich nicht so, dass die gegen den Trend durchgesetzten Kleinigkeiten nicht wertvolle Erfolge sein können. Jede, in mühsam ausgehandelten Details, „weichere“ Studienordnung kann dazu beitragen, Menschen zu helfen, sich nach ihren Vorstellungen zu entwickeln. Ob das im Einzelfall wirklich den Aufwand rechtfertigt, ist immer wieder neu festzustellen. Eine weitere Aufgabe der permanenten Evaluation (Hinweis ans Layout: nicht „Revolution“) ist die Diskussion der über die gegebenen Verhältnisse hinausweisenden Ergebnisse der eigenen Arbeit. Eine Prognose sei gewagt: Letztere Bilanz wird in aller Regel recht armselig ausfallen.

### Alternativmodelle als Strategie

Eine mögliche Reaktion auf den etwas unglücklichen Umstand, dass die gesellschaftlich verankerten Mechanismen (bildungs)politischer Aushandlungsprozesse nur wenig Freiheit für wirklich tiefgreifende und radikale Veränderungen lassen, ist eine Art Selbstermächtigung. Zumindest im technologisch hochentwickelten und materiell reichen Teil der Welt, in Westeuropa mithin, ist der theoretisch vorhandene Zugang zu Wissen so groß und einfach zu handhaben wie noch nie zuvor. Wer genügend Zeit, Kraft und Willen aufbringen kann, hat alle Chancen, selbstbestimmt sogar noch hochspezialisiertes Fachwissen anzusammeln, und das gerne auch nur so zum Spaß. Der Haken bei der Sache: wer kann schon angesichts der Zumutungen alltäglicher Notwendigkeiten genug Zeit, Kraft und Willen aufbringen?

Selbstorganisiert und kooperativ Bildung zu organisieren, kann hier Abhilfe schaffen. Die vielen mißlungenen oder eher schrägen Versuche in dieser Richtung sind kein wirklicher Beweis gegen diese Behauptung, stecken doch einfach zu viele Menschen in der Mühle vorgeschriebener Bildungs- und Erwerbsbiografien und vergeuden dort ihre Energien und Fähigkeiten an ein System, das nicht fragt, wie es den Menschen nützen kann, sondern, wie die Menschen dem Verwertungskreislauf nützen. Würden sie und all die ReformInnen sich statt dessen darauf konzentrieren, unabhängige Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, wäre vielleicht eines Tages eine vernünftige Empirie über Chancen und Risiken selbstbestimmten Lernens möglich.

Die Neubesetzung oder auch Wiederaneignung bestimmter Begriffe und Konzepte, wie dem des lebenslangen Lernens, ist also nicht wirklich eine Frage der öffentlichen Debatte, sondern eine der konkreten Praxis.

Die politisch maßgeblichen Institutionen werden sich nicht plötzlich besinnen und entgegen aller ökonomischen

Zwänge anfangen, ein neues Bildungsideal umzusetzen, nur weil sie freundlich darum gebeten werden. Unter den vorherrschenden Bedingungen sind selbst kleinste Zugeständnisse nur unter größten Kraftanstrengungen zu erhalten.

Die relative Irrelevanz von Strukturen, wie der studentischen Selbstverwaltung, für den öffentlichen Diskurs liegt ja nicht in mangelnder Public Relations begründet, sondern in ihrer zumindest teilweise selbstverschuldeten tatsächlichen Bedeutungslosigkeit. Selbstverschuldet deshalb, weil die Konzentration auf den Fetisch der systemimmanenten Mitwirkung in repräsentativer demokratischer Vertretung den Blick von anderen Feldern politischer Betätigung bisweilen ablenkt. Die über lange Jahre akkumulierten Mißerfolge und Rückschläge der engagierten Aktiven mögen für diese sehr frustrierend sein - für die meisten Unbeteiligten sind sie dazu noch reichlich uninteressant, langweilig geradezu. Eine verständliche und im engeren Sinne keineswegs falsche Wahrnehmung, wenn in diesem Zusammenhang überhaupt von richtig oder falsch gesprochen werden kann. Aber es ist nie zu spät, umzusatteln und einfach mal zu probieren, etwas aufzubauen, das abseits etablierter Be- und Verwertungszusammenhänge funktioniert. Dass es dabei zu ganz neuen Herausforderungen und Problemen kommt, ist nur zu verständlich, in gewisser Weise aber viel lehrreicher, auch wenn hier ein Berg Geduld und die ständige Bereitschaft, sich selbst zu entwickeln nötig sind. Aber darum geht es doch: um Lernen, ein Leben lang.

Übrigens: Die Arbeitsgruppe „Education“ des ERT hat ihre Arbeit 1999 eingestellt. Warum? Ganz einfach: „Mission accomplished!“.



Graduation Day, Fun with Agility Course, 2006

# Zwischen Theorie & Praxis

Eine kritische Würdigung der Offenen Uni BerlinS (OUBS) VON KATHARINA PAAR

Wenn mensch in der OUBS vier Leute fragt, was die ‚Philosophie‘ des Projektes sei, so werden (höchstwahrscheinlich) vier verschiedene Antworten gegeben.<sup>1</sup> – Ein Ort, der sich auf der Grundlage freier, selbstorganisierter Gestaltung entwickelt hat (und sich weiterentwickelt), kann nur eingeschränkt dargestellt werden, da das Erleben eines solchen Raums nur die Zeit beschreibt, in der mensch selber anwesend war und über alles andere keine Aussage gemacht werden kann. Daher möchte ich vorab darauf hinweisen, dass die folgende Auseinandersetzung mit der Offenen Uni BerlinS und ihrer Interpretation des Prinzips des offenen Raums auf meinen subjektiven Erfahrungen und der Wahrnehmung und Reflektion dieser basiert und nur darauf basieren kann.

Die Offene Uni BerlinS ist ein selbstveraltetes, studentisches Projekt, welches aus den Studierendenprotesten des Wintersemesters 2003/2004 hervorgegangen ist. Die Besetzung des Seminargebäudes der Humboldt-Universität am Hegelplatz bildete die Grundlage zum Entstehen dieses Projekts. Zu Beginn wurden die Räume als eine Art Aktionszentrum streikender Studierender genutzt, in dem sich Menschen trafen die mehr wollten, als ihren Protest verbal zu äußern oder ihn in bunten, lustigen Aktionen zum Ausdruck zu bringen. Mit dem Ziel, die im Studierendenstreik formulierten Vorschläge und Ideen einer „anderen“, sozialeren Hochschule in die Praxis umzusetzen, wurde begonnen, die Räume zu gestalten. Die vagen Vorstellungen von einer Alternative zum regulären Universitätsbetrieb fingen an, sich zu entwickeln und konkrete Formen anzunehmen.

Hier sollte ein Ort entstehen, in dem selbstorganisiert und jenseits von Leistungs- und wirtschaftlichem Wertungsdruck Wissen angeeignet werden kann. Es sollte eine Plattform des gegenseitigen Lehrens und Lernens geschaffen werden und die Möglichkeit entstehen, über den universitären Rahmen hinaus Themen zu vertiefen und sich mit Problemen und Fragestellungen kritisch auseinanderzusetzen. Es sollte ein offener Ort sein, in dem der Erwerb von Bildung nicht durch Zugangsbeschränkungen an soziale Voraussetzungen geknüpft ist und der jedem an Bildung interessierten Menschen die Möglichkeit bietet mitzulernen - ungeachtet der sozialen oder ethnischen Herkunft, des Alters oder Geschlechts. Und es sollte ein Ort entstehen, an dem mensch all das versuchen kann zu verwirklichen, wofür ansonsten kein Raum ist und dabei auf Gleichgesinnte treffen oder auf Menschen, die die eigenen Ideen infrage stellen - ein Ort der Auseinandersetzung mit sich selbst und mit anderen.

Die OUBS ist jedoch kein Projekt mit einem fertigen Konzept. Sie lebt von der Kreativität und den Ideen der Menschen, die Lust haben, auf einer gleichberechtigten Basis diesen Raum miteinander zu gestalten. Es gibt jedoch einige grundlegenden Vereinbarungen, die das Arbeiten erst ermöglichen. Um dem Anspruch gerecht zu werden, dass sich alle am Gestaltungsprozess beteiligen können, muss gewährleistet sein, dass sich jedeR frei in diesen Räumlichkeiten bewegen kann. So trägt

jedeR einzelne die Verantwortung dafür, dass sexistische, rassistische oder soziale Diskriminierungen hier nicht geduldet werden, damit der Raum ein offener Raum bleibt.

## Die Offene Uni - ein open space?

Das Konzept des *open space* beschreibt nicht den inhaltlichen Teil der Arbeit, sondern die Art und Weise wie im Idealfall gearbeitet und miteinander umgegangen werden soll und lebt von der Eigeninitiative und Selbstorganisation der Menschen, die Lust haben, diesen Raum gemeinsam und gleichberechtigt zu gestalten. Primär ist die OUBS ein Haus und alles was in diesem Haus geschieht ist OUBS, jedeR, der/die sich an der Gestaltung dieses Hauses beteiligt, unabhängig davon was er/sie tut, ist OUBS. Damit sich alle gleichermaßen einbringen können, ist für das Konzept eines offenen Raums der Anspruch der Hierarchiefreiheit eine Grundvoraussetzung. In der Praxis gibt es allerdings trotzdem unterschiedliche Verantwortungsbereiche. So gibt es beispielsweise offizielle AnsprechpartnerInnen für die Leitung der Humboldt-Universität, Behörden, etc. Da die OUBS als Teil der Humboldt-Universität in ein größeres System eingebunden ist, welches Verantwortlichkeiten hierarchisch organisiert, unterliegt die Existenz dieses Projekts bestimmten Bedingungen. Daraus ergibt sich, dass für die Kommunikation mit der Humboldt-Universität und in bestimmten Bereichen feste AnsprechpartnerInnen oder Verantwortliche formal notwendig sind. Denn all diejenigen, die gegenüber der Humboldt-Universität rechenschaftspflichtig sind, müssen auf der einen Seite Bedingungen akzeptieren, die den Erhalt des Projekt sicherstellen, haben aber auf der anderen Seite keine Weisungsbefugnis, so dass sie sich in der schwierigen Position befinden zwischen diesen beiden grundlegend unterschiedlichen Systemen, zu vermitteln.

## Grenzen der Umsetzung - Worin liegen die Unterschiede zwischen Theorie und Praxis?

Neben den strukturellen Bedingungen, die einen *open space* wirklich einen offenen Raum sein lassen, stößt mensch in der Praxis häufig an Grenzen des Möglichen, die, wenn überhaupt, sich nur mit viel Zeit überwinden lassen. Diese Grenzen ergeben sich einerseits aus so genannten Sachzwängen, die aus der Eingebundenheit in größere Systeme resultieren und andererseits aus unserer eigenen Eingebundenheit in andere Systeme sowie unserer eigenen Unzulänglichkeiten. In der Auseinandersetzung über die Grenzen der Praxistauglichkeit geht es vor allem auch um unsere persönlichen Grenzen.

Wir sind alle mehr oder weniger in einem hierarchischen System sozialisiert, das unsere Möglichkeiten des selbstorganisierten und eigenverantwortlichen Handelns stark eingrenzt, so dass die gleichberechtigte Nutzung und Gestaltung eines offenen Raums nicht gelingen kann, ohne sich selbst infrage zu stellen. Die Struktur wächst mit den Menschen, die sie gestalten, jedoch muss dabei in Betracht gezogen werden, dass

<sup>1</sup> Eine Selbstdarstellung der Offenen Uni. Flugblatt, Juli 2005.



Advanced Class, Winter 2008

nicht alle Menschen die gleichen Voraussetzungen mitbringen und Reflexion (insbesondere Selbstreflexion) ein nicht endender Lernprozess ist. Prinzipiell ist die Offene Uni ein Ort, an dem mensch mit anderen lernen kann, dennoch gibt es auch hierbei Grenzen, vor allem die der Anderen. Der Anspruch des *open space* beinhaltet einen gleichberechtigten Umgang aller Teilnehmenden miteinander, damit sich alle frei bewegen können. Dies kann nur gewährleistet werden, wenn sich alle auf dieser Basis treffen und versuchen die Bedürfnisse der Anderen zu respektieren und als gleichwertig anzuerkennen. Zum Beispiel ergibt sich ein Problem aus den Bedürfnissen der Rauchenden und der Nichtraucherenden. Hierbei geht es nicht darum, das eigene Bedürfnis durchzusetzen, sondern darum, gemeinsam eine Lösung zu finden, die jenseits von Separation liegt, denn die Notwendigkeit eines Konsenses liegt darin begründet, dass Rauchende und Nichtraucherende gemeinsam etwas tun wollen. Es geht also darum, ein Bewusstsein für die Bedürfnisse der anderen zu entwickeln.

Ein selbstorganisiertes Projekt beinhaltet immer auch, dass auch für die Reproduktion des Hauses selbstorganisiert, eigenverantwortlich und in Eigenleistung gesorgt werden muss. Häufig aber mangelt es am Verständnis dafür, dass die Offene Uni kein Dienstleistungsbetrieb ist. Dieses Defizit führt dazu, dass es meistens nur wenige sind, die sich um den Erhalt der Infrastruktur kümmern. Zwar soll der Spaß und Freiwilligkeit während des gesamten Arbeitsprozess im Vordergrund stehen, dennoch dürfen dabei bestimmte Notwendigkeiten (z.B. Aufräumen und Putzen) nicht vergessen werden. Warum sollte das irgendwer anderes tun, wenn mensch selbst der/die Konsumierende ist/war? Natürlich besteht das Problem nicht darin, mal einen Teller mehr abzuwaschen, jedoch wenn mensch mehr Zeit für die Reproduktion verwenden muss als für alles andere, dann sind die Grenzen des Tragbaren überschritten. Dadurch wird der Raum für manche geschlossen und stellt somit keinen *open space* mehr dar.

Eine weitere Gefährdung der Offenheit eines Raums ist die Reproduktion gesellschaftlicher Ausgrenzungsmechanismen. Sexismus, Rassismus, sowie Diskriminierungen in jeglicher Form sind Grenzüberschreitungen anderer und machen den Raum unfrei für die Betroffenen. Allerdings ist das Aufbrechen dieser Ausgrenzungsmechanismen nur auf theoretischer Ebene durch

Reflexion möglich, in der direkten Auseinandersetzung können diese nur durch Intervention aller greifbar gemacht werden.

*„An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern“ (Erich Kästner) <sup>2</sup>*

Die Auseinandersetzung über die Frage, was ein offener Raum ist, war fortwährend zentral im Gestaltungsprozess OUBS, wobei auch die Struktur des Projekts zur Diskussion stand. Auch wenn sich viel um die Offenheit dieses Projekts bemüht wurde, kam es immer wieder zu Grenzüberschreitungen und massiven Ausgrenzungen. Auf „Schwächere“ wurde keine Rücksicht genommen und wer sich nicht dem Mackertum einiger Weniger fügen wollte, musste über kurz oder lang gehen. Auch schon vor der Konfrontation mit körperlicher und akzeptierter sexistischer Gewalt, erfüllte die OUBS ihren Schutzraumanspruch nicht.

Die OUBS als offener Raum ist gescheitert. Sie wollte ein Freiraum und auch ein Schutzraum sein. Ob die Offene Uni jemals diesem Anspruch gerecht wurde soll an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Eines ist jedoch klar: Die momentane Situation in der OUBS lässt sich weder als offen noch als Schutzraum beschreiben. Der Versuch der Schließung der Offenen Uni war ein Eingriff von „außen“ - von „außen“ in dem Sinne, dass er auf Initiative von Menschen geschah, die aufgrund von Grenzüberschreitungen jeglicher Art nicht mehr Teil der Offenen Uni sein konnten. Bei diesem Versuch wurde sich über die Köpfe von Menschen hinweggesetzt, die die Offene Uni derzeit gestalten wollen. Es wurde sich aber vor allem über die Köpfe von Menschen hinweggesetzt, die durch ihr Verhalten und durch ihre Ignoranz der Grenzen Anderer, viele Menschen daran hindern, sich an einem Gestaltungsprozess zu beteiligen. Berechtigterweise kann mensch die Frage stellen, inwieweit sich dies von „außen“ beurteilen lässt und inwieweit von „außen“ über das Fortbestehen eines Projekts, welches sich auf der Basis selbstbestimmter Eigenverantwortung und Selbstorganisation gründet, entschieden werden kann. Allerdings trägt auch jedeR einzelne, egal ob von „innen“ oder „außen“, Verantwortung dafür, sich einzumischen, wenn Grenzen Anderer überschritten werden und zu verhindern, dass Schlimmeres geschieht.

<sup>2</sup> Anzumerken ist, dass der Begriff ‚Unfug‘ hier keine Verharmlosung sozialer Ausgrenzungsmechanismen darstellen soll.

## Zuschuss zum Semesterticket – Hier gibt's Geld!



Jede\_r Studierende der HU kann einen Zuschuss zur Semesterticketgebühr aus dem Sozialfonds beim Semesterticketbüro des RefRats beantragen. Je nach sozialen Lagen und Härten, wird über die Gewährung eines Zuschusses bis zum vollen Semesterticketbeitrag, derzeit noch 160,50 € (einschließlich Sozialfondsbeitrag) pro Semester, entschieden.

Was als Härte und geringes Einkommen gilt, erfährst du im Semesterticketbüro oder im Netz unter [www.refrat.de/semnix](http://www.refrat.de/semnix). Dort bekommst du auch Antragsformulare.

Antragsfristen: für das WiSe 2008/2009 **1. Juni bis 31. Juli**. Neuimmatrikulierte haben 6 Wochen nach ihrer Zulassung Zeit, einen Antrag zu stellen.

### Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Unter den Linden 6  
10099 Berlin

Hauptgebäude  
Raum 1042

Tel.: 2093-2082  
Fax: 2093-2092

[semnix@refrat.hu-berlin.de](mailto:semnix@refrat.hu-berlin.de)  
[www.refrat.de/semnix](http://www.refrat.de/semnix)

Öffnungszeiten:

Mo. 12 – 15 Uhr  
Mi. 12 – 19 Uhr

Öffnungszeiten:  
während der Antragsfrist

Mo., Di., Fr.,  
Mi. 12 – 15 Uhr  
12 – 19 Uhr

## NFJ Seminare

**5. Juli 2008**

Politik schreiben  
Flyer, Broschüren und Ankündigungstexte interessant, cool und politisch schreiben.

**12. und 13. Juli 2008**

Reclaim the City  
Streetart, Kunst und Subkultur  
Die Geschichte der Subkulturen und ihre politische Dimension. Mit themenbezogenem Stadtrundgang.

Infos & Anmeldung jeweils unter:  
[info@naturfreundejugend-berlin.de](mailto:info@naturfreundejugend-berlin.de)



Advanced Class, Fall 2006

## Studentische Sozialberatung

an der Humboldt-Universität

### Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten  
Mittwoch 14–16 Uhr  
In den Semesterferien:  
Mittwoch 14–16 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 16  
Tel.: 20 93 - 19 86  
E-Mail: [beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de)

### Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten  
Montag, Mittwoch und Donnerstag 14:30 - 18 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 10 - 14 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 15  
Tel.: 20 93-10 60  
E-Mail: [beratung.bafoeg@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.bafoeg@refrat.hu-berlin.de)

### Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten  
Montags 12 - 15:30 Uhr  
Mittwochs 10 - 13:30 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 16  
Tel.: 20 93-19 86 Internet: [www.refrat.de/soziales/stuki](http://www.refrat.de/soziales/stuki)  
E-Mail: [beratung.kind@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.kind@refrat.hu-berlin.de)

### Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten  
Montag 10 - 14:30 Uhr; Mittwoch 10 - 19 Uhr  
Donnerstag 13:30 - 18 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 10 - 15 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 6  
Tel.: 20 93-10 62 Internet: [www.refrat.de/soziales/befas](http://www.refrat.de/soziales/befas)  
E-Mail: [beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de)

### Enthinderungsberatung

Sprechzeiten  
Montags 13:30 - 18 Uhr; Mittwochs 9 - 13:30 Uhr  
März, August, September:  
Mittwochs 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 5  
Tel.: 20 93-21 45  
E-Mail: [beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de)  
Internet: [www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthinderung](http://www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthinderung)

### Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten  
Mittwoch 18-20 Uhr  
In den Semesterferien:  
Mittwoch 18-20 Uhr, 14-tägig

Monbijoustraße 3/ Raum 16

### Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten  
Donnerstag 12-14 Uhr, 14-tägig

Dorotheenstraße 17/ Raum 2  
aktuelle Termine: [www.refrat.de/lust](http://www.refrat.de/lust)

### Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten  
Montag 9 - 13 Uhr; Mittwoch 14 - 18 Uhr  
März, August, September: Mi 14 - 18 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 5  
Tel.: 20 93-21 45 [www.refrat.de/soziales/arbeit](http://www.refrat.de/soziales/arbeit)  
E-Mail: [beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de)

### Seminar für angewandte Unsicherheit (SAU)

**do 26.6.**

#8 - FILM: Lichter  
(UL6, SBZ Krähenfuß)

**do 3.7.**

#9 - FILM: Dirty Pretty Things  
(UL6, SBZ Krähenfuß)

**sa 5.7.**

#10 - Demonstration: Recht auf Migration  
(Schlossplatz)

**do 10.7.**

#11 - Fliegende Kameras als Ausdruck  
neuer Trends von Überwachung  
(Umstrittenes Terrain)

**do 17.7.**

#8 - FILM: Children of Men  
(UL6, SBZ Krähenfuß)